

14.07.2012

Bei gemeinsamer Regierungssitzung in Brüssel

»Airbag«: keine Einigung

Bei der gemeinsamen Regierungssitzung der DG und der Wallonischen Region am Donnerstag in Brüssel ist keine Einigung bezüglich des »Airbag«-Dekretes gefunden worden. Dies gab Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) gestern bekannt. Dabei handelt es sich um ein wallonisches Dekret, das Selbstständige beim Start in den Beruf unterstützt. Als strittig erweist sich aber der Anwendungsbereich: Der wallonische Beschäftigungsminister André Antoine (CDH) denkt, hier gehe es um die Kompetenz Beschäftigung, weshalb sich das Dekret lediglich auf das frankophone Gebiet der Wallonie beziehe, weil die DG ja selbst für Beschäftigung zuständig sei. Der Staatsrat kam dagegen zu dem Urteil, die Zuständigkeit Wirtschaft werde dabei tangiert. Obschon die Wallonie weiter an der politischen Absicht festhalte, ein Kooperationsabkommen mit der DG abzuschließen, sei man nicht voran gekommen, ärgerte sich der DG-Minister. Inzwischen würden bereits Prämien ausgeschüttet. »Wenn ein Selbstständiger aus der DG dagegen klagt, bekäme er zu hundert Prozent Recht«, so Paasch. (sc)